99. Jahrgang. № 122

Freitag, 13. März 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat März 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., innerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Jarres endgültig Kandidat der Rechten.

Das Zentrum für eine Sonderkandidatur Marx. — Ein Vorstoß der Wirthgruppe.

Stresemann erläutert den deutschen Sicherheitsvorschlag. — Die große Sicherheitsdebatte in Genf.

Die Sprengmine des Zentrums.

Auch die langatmigsten Beschönigungsversuche des Zentrums können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es einzig und allein das Zentrum ist, das die in recht realen Tatsachen begründete Hoffnung aller nicht gar zu eng parteimäßig eingestellten bürgerlichen und nationalen Kreise auf eine Einigung des gesamten Bürgertums über den künftigen Reichspräsidenten schmählich zuschanden gemacht hat. Zum ersten Male seit dem Bestehen der Weimarer Verfassung wird jetzt das deutsche Volk zur Wahl des Präsidenten aufgerufen. Und wenn es eine Gelegenheit gibt, die es nicht nur erfordert, daß alle Glieder des Volkes über die Parteizäune hinwegsehen, um eine Persönlichkeit auf den Schild zu erheben, die durch die Wucht der hinter ihr stehenden Volksmassen die notwendige Autorität zur Vertretung des gesamten Volkes nach innen und außen erhält, sondern die auch für die Parteien die Pflicht zum Zwang macht, durch weitestgehende interparteiliche Abmachungen die notwendigen Voraussetzungen für eine starke Mehrheit des neuen Reichspräsidenten zu schaffen, so ist sie bei der Präsidentenwahl unbedingt gegeben. Mit steigender Genugtuung haben es alle nationalen Kreise empfunden, wie ernst gerade die Parteien und Organisationen der Rechten von dieser Verpflichtung durchdrungen waren, mit welcher Zurückstellung aller Sonderinteressen der Wahlausschuß der Rechten an seine Arbeit ging. Und als es dann gelang, nicht nur innerhalb der Rechtskreise, sondern darüber hinaus selbst bei den Demokraten die Zustimmung zu einer Kandidatur zu finden, die von vornherein die sichere Gewähr für eine überwältigende Mehrheit für Geßler bot, da konnte man in dieser Tatsache nicht nur eine höchst begrüßenswerte Einigung für ein konkretes naheliegendes Ziel sehen, sondern konnte an diesen ersten Schritt weitergehende Hoffnungen auf eine würdige Vertretung und Zusammenfassung der überragenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes in allen großen nationalen Fragen knüpfen.

Diese Aussichten nicht nur, sondern auch die Möglichkeit einer ganz großen eindrucksvollen Mehrheit für den künftigen Repräsentanten des deutschen Volkes sind nun von einer unverantwortlichen politischen Maulwurfsarbeit im Zentrum zunichte gemacht worden, über die die gerechte Empörung aller das Ganze über die Partei stellenden bürgerlichen Kreise das Urteil sprechen muß und wird. Es geht nicht an, daß das Zentrum in einem Rechtfertigungsversuch wieder, wie in all den unendlichen Schwierigkeiten der Regierungsbildung im Reiche und in Preußen, die Verantwortung für diese engstirnigsten parteipolitischen Quertreibereien von sich ab- und den Rechtsparteien zuwälzen will. Seit der Reichstagsabstimmung über das Dawes-Gutachten im August vorigen Jahres, seit den Zentrumsversprechungen an die Deutschnationalen, die auf den hartnäckigsten Widerstand des Wirthflügels stießen, hat es das Zentrum versucht, der großen Entscheidung über die weitere Richtung seiner Politik auszuweichen. Die Reichstagswahl vom 7. Dezember, die schließlich die Parteischwierigkeiten des Zentrums lösen sollte, hat diese Lösung nicht gebracht. Die von Tag zu Tag steigenden inneren Schwierigkeiten sind der Grund für die völlig unverständlichen Zickzackwege, die die Zentrumstaktik einschlägt, und die die Partei um jeden politischen Kredit bringen. Sie allein sind auch der Grund für die Sabotierung der großen bürgerlichen Einheitsfront in der Präsidentenwahl. Niemand konnte im Zentrum annehmen und hat es angenommen, — das zeigt die Billigung der Kandidatur Geßler durch den Parteivorstand des Zentrums, — daß die Gesamtheit der übrigen bürgerlichen Parteien dem Zentrum zuliebe noch einmal die ganze Kandidatenfrage aufrollen würde, nachdem man in der Person des Demokraten Geßler bereits bis an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen war. Und wenn die Deutsche Volkspartei am Donnerstag nachmittag noch einmal der ihr nahestehenden Persönlichkeit Dr. Jarres ihr besonderes einmütiges Vertrauen ausgedrückt hatte, so konnte es niemand zweifelhaft sein, daß dies in erster Linie ein Akt der Höflichkeit gegenüber Dr. Jarres war. Das Zentrum jedenfalls hat nicht den geringsten Grund, mit dieser Vertrauenskundgebung seine unverantwortliche Haltung zu verschleiern. Die zum äußersten entschlossene Wirthgruppe hat wieder einmal der offiziösen Politik des Zentrums ein Bein gestellt und hat die Mine gelegt, die die auch vom Zentrumsvorstand gewünschte bürgerliche Einheitsfront gesprengt hat.

So berechtigt aber auch die Empörung aller den Blick auf die Gesamtheit richtenden Kreise des Bürgertums über die hinterhältige Verschleppungspolitik des Zentrums ist, so sehr auch im Augenblick die Enttäuschung über den zu Grabe getragenen ersten Versuch des Bürgertums den Weg eines einheitlichen bürgerlichen Vorgehens in großen Fragen des ganzen Volkes zu beschreiten, im Vordergrunde steht, so wird man doch nicht übersehen dürfen, wie notwendig es gerade jetzt für die vereinigte Rechte ist, um so fester zusammenzustehen, um dem Vorstoß des Wirthflügels seine ernste Gefahr für die Festlegung der großen Richtlinien der künftigen Reichspolitik durch die Wahl des nationalen Vertrauensmanns zu nehmen. Mag man mehr entrüstet sein oder mehr bedauern, jetzt kommt es darauf an, die Augen gegenüber den realen Notwendigkeiten offen zu halten, und alle Kräfte dafür einzusetzen, um dem einstimmig nominierten Kandidaten aller Rechtskreise schon im ersten Wahlgange zum Siege zu verhelfen. Daß Dr. Jarres der geeignete Mann ist, alle nationalen Kreise des Volkes hinter sich zu bringen, kann keinen Augenblick bezweifelt werden. Und wenn auch niemand auf der Rechten darüber im unklaren ist, daß ein äußerst harter, die Tiefen der politischen Leidenschaften des Volkes aufwühlender Wahlkampf die unmittelbare Folge des Sprengungsmanövers der Wirthleute ist, so kann man auf der anderen Seite auch nicht verkennen, daß die Stoßkraft der nationalen Bewegung durch eine viel straffere Konzentration aller nationalen Kräfte und durch den Fortfall mancher ernster Bedenken gewaltig gewonnen hat.

Verhinderte Verschleppungsmanöver.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. März. Die Möglichkeit der gemeinsamen Kandidatur Geßler für alle bürgerlichen Parteien ist entgegen allen Erwartungen heute abend vom Zentrum zerschlagen worden, obwohl sich heute nachmittag der Parteivorstand des Zentrums mit großer Mehrheit bereits für die Kandidatur Geßler entschieden und nur noch der Parteiausschuß seine Entscheidung zu treffen hatte. Nach stundenlangem Hin und Her konnte sich auch heute das Zentrum noch nicht dazu entschließen, den übrigen bürgerlichen Parteien zu erklären, wie es sich nun eigentlich zu der Kandidatur Geßler stelle, ein Verhalten, das namentlich für die Geduld der Rechtsparteien eine überaus schwere Belastung darstellte. **Die Vertreter des Zentrums unter Führung des Abg. Fehrenbach forderten, als die heutige Abendverhandlung eröffnet wurde, noch eine Stunde Bedenkzeit. Von den Vertretern der Rechten wurde aber jetzt die sofortige Erklärung des Zentrums gefordert, da man dem Zentrum schon tagelang Bedenkzeit gewährt habe.** Die Zentrumsvertreter beharrten aber auf ihrem Verlangen. Die Vertreter der Rechten zogen sich darauf zu einer internen Besprechung zurück und kehrten mit der erneuten Forderung zurück, daß sich **die Anberaumung einer neuen Bedenkzeit, die sich ja doch bis morgen ausdehnen würde, nicht ermöglichen lasse und daß das Zentrum nun doch sofort seine Stellungnahme darlegen möge. Als die Zentrumsvertreter sich weigerten, mußten die Verhandlungen für abgebrochen erklärt werden.**

Die Zentrumsführer kehrten von dem Loebell-Ausschuß sogleich nach dem Reichstag zur Sitzung ihres Parteiausschusses zurück und erstatteten dort Bericht.

Der Parteiausschuß des Zentrums beschloß dann als Präsidentschaftskandidaten für das Zentrum Herrn Marx aufzustellen.

Von dem Ausschuß der Rechten wird über diesen Zwischenfall, der tagelange Bemühungen zunichte machte, eine Mitteilung herausgegeben, in der es heißt:

Der unter Vorsitz des Staatsministers v. Loebell beratende Ausschuß für die Reichspräsidentenwahl, in dem die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, sowie die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen vertreten sind, hat heute abend nochmals mit Vertretern des Zentrums und der Demokratischen Partei über eine gemeinsame Kandidatur aller bürgerlichen Parteien und Organisationen verhandelt. Von der Zentrumspartei war für diese Sitzung eine bestimmte Erklärung zu einer gemeinsamen bürgerlichen Kandidatur in Aussicht gestellt. Diese **Erklärung wurde jedoch in dieser Sitzung nicht abgegeben, obwohl die Verhandlungen des Ausschusses bereits viermal vertagt worden waren, und zwar lediglich, um dem Zentrum Zeit für seine Entscheidung zu lassen. Durch die Verzögerung der Verhandlungen wurden sachliche Schwierigkeiten, die inzwischen für eine gemeinsame Kandidatur Geßler in weiten Kreisen mehrerer bürgerlicher Parteien aufgetreten waren, verstärkt. Der Ausschuß hat dann, nachdem die Vertreter des Zentrums und der Demokratischen Partei auf eine weitere Teilnahme an den Beratungen verzichtet hatten,**

an der schon am Sonnabend einstimmig beschlossenen Kandidatur Jarres festgehalten.

Oberbürgermeister Jarres hat die Kandidatur endgültig angenommen. Auch die Vertreter der **Wirtschaftspartei** haben sich ausdrücklich in den weiteren Verhandlungen dieser Kandidatur angeschlossen. Die **Bayrische Volkspartei**, deren Vertreter sich wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen nicht mehr beteiligen konnten, wird umgehend um Stellungnahme ersucht werden. Die in Betracht kommenden bürgerlichen Organisationen unterstützten gleichfalls die Kandidatur Jarres.

Der Reichsparteiausschuß der Demokraten

beschloß unter bezug auf diese Vorgänge **als eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl den badischen Staatspräsidenten Dr. Willi Hellpach aufzustellen.** Verantwortlich für dieses Auseinanderfallen der bürgerlichen Parteien ist **das Zentrum. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hatte sich mit 18 gegen 6 Stimmen für Geßler entschieden.** Es lag also für den Parteiausschuß gar kein Grund mehr vor, noch lange zu zaudern, da ja im Parteivorstand die Strömungen und Richtungen innerhalb der Partei genau so vertreten sind, wie im Ausschuß, und der Ausschuß den Vorschlag des Vorstandes ohne weiteres hätte annehmen können. In den politischen Kreisen **spricht man sogar von einem glatten Handstreich des linken Flügels im Zentrum.** Nach diesem Vorfall ist es überaus unwahrscheinlich, daß, wenn ein zweiter Wahlgang notwendig werden sollte, sich eine Einigung mit dem Zentrum herbeiführen ließe. **Vielmehr kann man annehmen, daß dann Herr Marx die Sammelkandidatur der Linksparteien abgeben wird.**

Ein Bericht des Zentrums.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. März. Die Zentrumspartei gibt über die Sitzungen ihres Parteiausschusses spät abends einen Bericht aus, in dem festgestellt wird, daß das Zentrum auf Ersuchen des Staatsministers Loebell seine Stellungnahme zur Frage einer Sammelkandidatur dahin präzisiert habe, daß für das Zentrum die Frage der Präsidentschaftskandidatur eine Personenfrage sei. **Die Kandidatur Jarres habe man abgelehnt. Bei der Kandidatur Geßler hätten außenpolitische Bedenken bestanden.** Diese Stellungnahme habe der Unterhändler des Zentrums den übrigen Parteien vorgetragen, die jedoch die Kandidatur Geßler als die allein mögliche Sammelkandidatur aufrechterhalten hätten. Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Bayrische Volkspartei hätten sich mit dem Vorbehalt für die Kandidatur Geßler entschieden, daß auch das Zentrum dafür stimme. In dieser Sachlage habe der Reichsparteivorstand mit Mehrheit beschlossen, dem Reichsparteiausschuß die Annahme der Kandidatur Geßler zu empfehlen, falls auch die übrigen bürgerlichen Parteien bei der Kandidatur Geßler verbleiben. Es sei jedoch ein Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei bekannt geworden, daß dieser einstimmig die Kandidatur Jarres aufgestellt habe. **Durch diese Mitteilung (!) sei die Beurteilung der Situation so schwierig geworden, daß der Parteiausschuß zu keinem Entschluß kommen konnte.** Man habe dann die Vertreter der Deutschen Volkspartei nach dem Sinne des in ihrem Reichsausschuß gefaßten Beschlusses gefragt, doch hätten die Vertreter der Deutschen Volkspartei es vermieden, eine klare Auskunft zu geben. Dahingegen hätten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der Vaterländischen Verbände eine sofortige Entscheidung des Zentrums gefordert. **Der Abgeordnete Fehrenbach hätte aber eine sofortige Entscheidung für unmöglich erklären müssen, und hätte sich dann schließlich genötigt gesehen, die Verhandlungen abzubrechen.**

Stresemann über den Sicherheitsvorschlag.

Deutschlands Stellung zum Völkerbund.

Berlin, 12. März. Ueber die deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage stellte **Reichsaußenminister Stresemann** der „Kölnischen Zeitung" Ausführungen zur Verfügung, in denen zunächst die Tatsache, daß die deutsche Oeffentlichkeit erst sehr spät mit den deutschen Absichten vertraut gemacht wurde, damit begründet wird, daß derjenigen ausländischen Presse, mit deren Opposition wir rechnen mußten, die Möglichkeit genommen werden mußte, diese Aktion von vornherein zu diskreditieren. Auch Herriot und Chamberlain hätten der vertraulichen Behandlung zugestimmt. Nachdem ich, fährt der Minister fort, vor dem Ausschuß des Reichsrates und des Reichstages gesprochen habe, halte ich es für wünschenswert, die deutschen Absichten auch der Oeffentlichkeit gegenüber zu vertreten.

Schon Anfang Dezember und Anfang Januar habe ich über die Sicherheitsfrage wiederholt mit hiesigen Diplomaten gesprochen. Die politische Gesamtsituation zeigte, daß die Frage der Sicherheit mindestens für Frankreich den Mittelpunkt aller Erörterungen bildete. Wir standen vor der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone. **Trotz aller unserer dringenden Ersuchen sind uns die Gründe für diese Nichträumung bis heute nicht mitgeteilt worden. Das Investigationsprotokoll des Völkerbundes über die Durchführung der Militärkontrolle und die sich daran knüpfenden Aeußerungen namhafter französischer Politiker ließen das Bestreben erkennen,**

die Frage der französischen Sicherheit durch Sonderbelastungen des Rheinlandes zu lösen,

die nach unserer Ansicht gegen den Versailler Vertrag verstoßen und nur aus der krankhaften Einbildung Frankreichs zu verstehen sind, daß Frankreich durch uns bedroht sei. Gleichzeitig mußten wir mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Dreimächtepakt zustande käme, der seine Spitze gegen Deutschland gekehrt und das Mißtrauen verewigt hätte, das gegen Deutschland völlig unberechtigt heute noch besteht.

Da hielten wir es für richtig, unsere eigene Stellung gegenüber dem Sicherheitsbegehren Frankreichs zum Ausdruck zu bringen.

Wir knüpften dabei an frühere Bestrebungen anderer deutscher Regierungen an. Der Minister erinnerte sodann an den von der Regierung Cuno im Dezember 1922 vorgeschlagenen Pakt und an seine Stuttgarter Ausführungen vom 2. September 1923 als Reichskanzler und wies darauf hin, daß Poincaré auf diese Stuttgarter Anregung erwidert habe, daß für Frankreich die Frage der Lösung der Reparationen die primäre, die Frage der Sicherheit die sekundäre Frage wäre.

Der Ministerpräsident fuhr fort, die Reparationsfragen sind durch das Dawes-Gutachten gelöst. Da der Alpdruck Frankreichs vor einem etwaigen deutschen Angriff, so